

Stigmatisierende Diagnosen zulasten der Unterrichtszeit

Eine Bestandsaufnahme zur Inklusion in Hamburgs Schulen

ein Interview der FORUM-Redaktion mit Sabine Boeddinghaus

FORUM: Sie sind Vorsitzende des Elternverein Hamburg e.V. In dieser Funktion haben Sie Anfang des Jahres – zusammen mit anderen Organisationen und Verbänden – eine Demo für bessere Inklusion in der Schule organisiert. Was genau fordern die Hamburger Eltern von der Stadt?

Sabine Boeddinghaus: Eine deutlich bessere Ausstattung derjenigen Schulen, die inklusiv arbeiten. Der Senat misst dem Elternwillen sehr hohe Bedeutung bei, dann muss er auch dafür Sorge tragen, dass die ausgewählten Schulen für die Umsetzung der Inklusion ausreichende Ressourcen erhalten und die Lehrerinnen und Lehrer die notwendigen Qualifikationen. Wenn Eltern mit ihren Kindern, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben, wieder zurück an die speziellen Sonderschulen gehen, weil die Rahmenbedingungen an den Regelschulen nicht stimmen, dann ist das eine besorgniserregende Entwicklung.

Seit einigen Jahren ist die inklusive Beschulung von Kindern mit „besonderem Förderbedarf“ – also das gemeinsame Lernen in der normalen Regelschule – in Hamburg einklagbares Elternrecht. Wie hat sich die Situation für diese Kinder seit dem verändert? Wie gehen die Schulen damit um?

Die inklusive Beschulung ist in Paragraph 12 des Hamburgischen Schulgesetzes garantiert und stellt einen Meilenstein für die Weiterentwicklung der Schulen, aber insbesondere auch für unser Zusammenleben insgesamt dar.

Denn laut UN Behindertenrechtskonvention haben nun auch Kinder mit dem sogenannten sonderpädagogischen Förderbedarf das Recht, eine Regelschule zu besuchen. Das bedeutet für alle Kinder und Jugendlichen eine Riesenchance, Stigmatisierungen, Ausgrenzungen und Ängste zu überwinden und sich gegenseitig in seinen/ihren Schwächen und Stärken besser kennenzulernen und wertzuschätzen.

Die Schulen stellen sich der Aufgabe, ihren inklusiven Auftrag umzusetzen,



Foto: M. Essberger

brauchen aber mehr Unterstützung und Begleitung. Das zeigen etliche Brandbriefe aus Schulen, die sich vom Senat im Stich gelassen fühlen. Das sind in aller Regel Stadtteilschulen, weil sie gemeinsam mit den Grundschulen die alleinige Verantwortung für die Umsetzung der Inklusion schultern sollen. Es ist aus unserer Sicht aber nicht einzusehen, warum die Gymnasien sich der Inklusion nicht verpflichtet fühlen sollen.

Die schulische Inklusion umfasst gleichermaßen Kinder mit körperlichen oder geistigen Behinderungen wie

auch sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler, die in der Schule aufgrund ihres Verhaltens als schwierig oder herausfordernd gelten. Beides Gruppen, die früher auf die verschiedenen Sonderschulen geschickt wurden, auch um die Regelschulen zu entlasten. Was unterscheidet heute den schulischen Umgang mit diesen unterschiedlichen Gruppen – und was wäre jeweils erforderlich?

Wir stellen fest, dass unter der Einführung der Inklusion das exklusive Denken zunimmt. Es entspricht nicht dem inklusiven Ansatz, die Kinder zu klassifizieren und sie in exklusive Gruppen und entsprechenden Maßnahmen zu stecken. Nötig ist selbstverständlich eine Pädagogik, die jedem Kind in seinen Bedürfnissen gerecht wird, aber inklusiv in einem Klassenverband beschult. Dazu braucht es aber die notwendigen Rahmenbedingungen, Räume, therapeutischen Angebote und einen sinnvoll rhythmisierten Ganztags.

Wo sehen Sie die Hauptprobleme? Geht es v.a. um Geld, geht es um Strukturen oder geht es mehr um inklusive Haltungen der einzelnen Menschen?

Es haut nicht hin, stets in Sonntagsreden zu betonen, unsere Kinder wären unsere Zukunft, in der Alltagsrealität sich aber darauf zurückzuziehen, man wäre nicht bei Wunsch-Dir-Was. Das ist zynisch und missachtet die Anstrengungen, die tagtäglich in den Schulen geleistet werden. Natürlich spielt auch die Haltung und Einstellung eine entscheidende Rolle sowohl bei den Lehrerinnen und Lehrern, den Kindern und Jugendlichen, bei ihren Eltern und vor allem auch in der Politik.

Wir stellen fest, dass unter der Einführung der Inklusion das exklusive Denken zunimmt.

Inklusion beginnt in unseren Köpfen und Ressourcen sind nicht alles, aber ohne Ressourcen ist alles nichts.

Die Forderung nach mehr Geld- bzw. Personalressourcen wird v.a. damit begründet, dass die Zahl der Mädchen und Jungen mit „speziellem Förderbedarf“ in Hamburg insgesamt stark angestiegen sei. Wie erklären Sie diese Entwicklung? Gibt es tatsächlich immer mehr Schüler mit Behinderungen und mit Lern- oder Verhaltensproblemen oder gibt es v.a. eine veränderte Zuschreibungspraxis?

In Hamburg haben etliche Grundschulen bereits seit über 20 Jahren integrativ gearbeitet. Sie bekamen eine ausreichende Ressource von einer halben Sonderpädagogin pro Klasse (eine sogenannte systemische Ressource) und konnten damit wertvolle integrative Arbeit machen. Die Kinder erhielten alle einen Förderplan, ob mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf oder einer Hochbegabung, sie wurden individuell beschult.

Heute sind die Schulen aufgefordert, ihre Förderbedarfe nachzuweisen, weil sie eine Pro-Kopf-Ressource erhalten. Da ist es ja nur folgerichtig, dass die Schulen Bedarfe anmelden, um die entsprechende Unterstützung zu erhalten. Die Schulen sind nun gehalten, Diagnoseverfahren durchzuführen, um ihre jeweiligen Bedarfe zu ermitteln. Diese Verfahren werden z.B. von der LehrerInnenkammer scharf kritisiert, weil sie stigmatisieren, indem sie lediglich Feststellungen über bestimmte Defizite erbringen, aber keinerlei Aufschluss darüber geben, was jedes Kind in seiner jeweiligen Entwicklungsstufe an Hilfe und Begleitung benötigt und vor allem, wie dies ermöglicht werden soll. Außerdem sind diese Verfahren unheimlich zeitintensiv und halten die LehrerInnen von ihrer eigentlich wichtigen Arbeit ab, weil die Schulen dafür kei-

ne zusätzliche Stundenzuweisung erhalten.

Welche Bedeutung haben der oder die einzelnen Lehrer für das Gelingen der Inklusion benachteiligter Kinder aus sog. bildungsfernen Milieus?

Schulen haben schon lange auch einen erzieherischen Auftrag, den sie in der Regel sehr verantwortungsvoll wahrnehmen. Schulen können sicher nicht bestehende familiäre Defizite vollständig ausgleichen, aber sie haben unstrittig die Aufgabe, Kindern, die es aus ganz unterschiedlichen Gründen schwerer haben, als andere, die gleichen Bildungschancen zu geben. Dafür brauchen sie aber die volle Rückendeckung aus der Politik, die bis heute nicht gegeben ist. Immer noch wird viel zu sehr darauf gesetzt, das Elternhaus würde sich an Hausaufgabenerledigung und Klausurvorbereitung mit einbringen müssen. Leider hängt der Bildungserfolg in Deutschland immer noch eklatant vom Bildungsstand des jeweiligen Elternhauses ab. Der Elternverein spricht sich seit seiner Gründung für „Eine Schule für Alle“ aus, in der alle Kinder gemeinsam lernen, voneinander lernen und erkennen, dass es jenseits der eigenen Biographie eine Vielzahl an anderen Variationen gibt. Das hätte eine enorme inklusive Kraft auch hinsichtlich zukünftiger LehrerInnengenerationen.

Wer vertritt die Interessen der – i.d.R. benachteiligten und wenig beschwerdemächtigen – LSE-Kinder?

Sind solche Eltern auch in Ihrem Elternverein?

Leider spiegelt sich die Tatsache, dass sich diese Eltern schwerer artikulieren und mit ihren berechtigten Interessen zu Wort melden können auch in unserer Mitgliedschaft wider. Wir haben aber immer versucht, dies durch unsere Aktivitäten auszugleichen, indem wir hoffen, dass unsere entsprechenden Forderungen und Initiativen im Sinne gerade der vermeintlich Schwächeren sind.

Sie sind, neben Ihrem Engagement für den Elternverein, auch für die Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft aktiv. Welche politischen Schritte empfehlen Sie, um die nach wie vor bestehenden Exklusionsmechanismen in der Schule zu überwinden?

Als Linke fordern wir die Ausstattung der inklusiv arbeitenden Schulen mindestens auf dem Niveau der ehemals integrativ arbeitenden Grundschulen. Außerdem muss Schluss sein mit dem Dogma, die Gymnasien seien Inklusions-freie Zonen. Was für ein Wahnsinn.

Als Linke fordern wir ein wirklich inklusives Schulsystem mit einem individuell auf die jeweiligen Unterstützungsbedarfe aller Schülerinnen und Schüler ausgerichteten Unterricht. Bildung hat als öffentliche Daseinsvorsorge gesellschaftliche Relevanz und muss angemessen finanziert werden. Weder wird die Schuldenbremsenpolitik, noch die sozial ungerechte Steuerpolitik diesen Ansprüchen gerecht. Daran u.a. arbeiten wir.



Sabine Boeddinghaus

ist als Erziehungswissenschaftlerin Vorsitzende des Elternvereins Hamburg, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE.